

Wie geht es weiter am Bahnhof Schöneweide?

Informationen zum Umbau des Verkehrsknotenpunktes sowie zum Bahnhofsumfeld

Nach zwei gut besuchten Bürgerversammlungen Ende September und Anfang Oktober ging der Runde Tisch zum Bahnhof Schöneweide Mitte Oktober in die 2. Runde. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aller verantwortlichen Institutionen wurde sowohl über das Bahnhofsumfeld als auch über die geplanten Bauarbeiten gesprochen. Was den genauen zeitlichen Ablauf der Bauarbeiten angeht, wird die Deutsche Bahn in der kommenden Zeit detaillierte Informationen zur Verfügung stellen. Auch im Bahnhof und auf den Bahnsteigen wird es großflächige Informationen geben.

Bahnhof lange Zeit nicht barrierefrei

Bevor der Haupteingang geschlossen und die alte Bahnhofshalle abgerissen und neu gebaut werden kann, konzentrieren sich die Arbeiten derzeit auf die Brücken und die Fertigstellung der Treppen am Sterndamm. Über diesen werden ab kommenden Herbst die Bahnsteige erreichbar sein.

Ab diesem Zeitpunkt wird der Zugang zu den Gleisen über einen längeren Zeitraum nicht barrierefrei sein, da auch der Zugang von Johannisthaler Seite geschlossen werden muss. Hier sucht die Deutsche Bahn derzeit nach Lösungen, denn die Lage ist denkbar kompliziert. Aufzüge lassen sich am Sterndamm leider nicht errichten. Ebenso ist kein Platz für Rolltreppen, die einen Teil des Problems lösen könnten. Die Einrichtung eines Busshuttle zu den barrierefreien Bahnhöfen Baumschulenweg und Betriebsbahnhof Schöneweide



steht im Mittelpunkt der Überlegungen der Deutschen Bahn. Zu dieser Problematik werde ich weiterhin Gespräche führen und über Ergebnisse und Planungen informieren. Letztendlich muss es das Ziel sein, dass der Bahnhof Schöneweide möglichst lange während der Baumaßnahmen barrierefrei zugänglich bleibt.

Sobald die Treppen am hinteren Ausgang errichtet sind, wird es dort eine provisorische Tramhaltestelle geben. Der Sterndamm, der derzeit wieder befahrbar ist, wird zur Errichtung der Haltestelle im kommenden April dann noch einmal für einen Zeitraum von etwa zwei Wochen gesperrt.

Vollständig beendet haben will die Bahn ihre Arbeiten Ende 2021. Damit ist aber die Umgestaltung längst nicht abgeschlossen. In einem 2. Schritt wird die BVG die Straßenbahnwendeschleife umbauen sowie den neuen Straßenbahntunnel - dieser wird von der Bahn parallel zum Bahnhofsumbau errichtet - in Betrieb nehmen.

Erst wenn diese Bauarbeiten abgeschlossen sind, kann der Bezirk Treptow-Köpenick den Bahnhofsvorplatz neu gestalten. Bis 2024 wird uns die Baustelle bestimmt erhalten bleiben.

Runder Tisch gegen den unhaltbaren Zustand des Bahnhofsumfeldes

Auch das Thema Sauberkeit und das Thema Obdachlosigkeit kam beim 2. Treffen des Runden Tisches zur Sprache. Hier wurde verabredet, dass bis zur nächsten Zusammenkunft ein Konzept erarbeitet wer-

den soll, wie mit Obdachlosen, Wohnungslosen und trinkenden „Stammgästen“ umgegangen werden soll. Es ist keine Lösung, diese Menschen einfach woanders hin zu schieben. Schließlich haben auch sie das Recht, irgendwo sein zu können. Zugleich ist aber auch klar, dass der jetzige Zustand auf dem Bahnhofsvorplatz nicht dauerhaft bestehen kann. Fahrgäste und Anwohnerinnen und Anwohner fühlen sich unwohl. Ich möchte die Situation nachhaltig klären, hierzu muss man mit und nicht an den Menschen vorbei arbeiten.

Was die Sauberkeit betrifft, wird von Bezirk, Bahn und BVG geprüft, an welchen Stellen zusätzliche Mülleimer aufgestellt werden können. Der Bahnhofsvorplatz hat zur Zeit bei der BSR die höchste Reinigungsstufe, d.h. er wird 10x wöchentlich gereinigt. In Zusammenarbeit mit der Kreativgrundschule Niederschöneweide wird zusätzlich noch in diesem Jahr ein Konzept für eine Werbekampagne erarbeitet, die mittels einer Plakataktion die Menschen im und um den Bahnhof für ein sauberes Umfeld sensibilisieren und motivieren soll.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Bürgersprechstunde

Montags, 14:30 - 17 Uhr
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Wahlkreiszeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 4. Quartal / 2017

Der beste Werbeträger unserer Stadt

Air Berlin ist vom Himmel verschwunden

Es ist noch nicht lange her, da hat Air Berlin Insolvenz angemeldet. Seit Jahren haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemüht, das Unternehmen zu stützen und wieder in die Gewinnzonen zu fliegen. Leider ohne Erfolg. Ende Oktober hob das letzte Flugzeug der Berliner Airline ab. Ein paar Mal werden die Flugzeuge vielleicht noch am Himmel über Berlin sichtbar sein, bevor das vertraute Antlitz gänzlich einer neuen Bemalung weichen muss. Derzeit sind zahlreiche Flugzeuge am Boden geparkt.

Berlin hilft den Beschäftigten

Was vor und nach der Insolvenz geschah, ist ebenso unfassbar wie spannend. Unzählige Menschen mussten und müssen noch immer um ihren Arbeitsplatz fürchten. Eine Auffanggesellschaft für rund 4.000 Beschäftigten sollte Abhilfe schaffen. Diese Verhandlungen scheiterten, nachdem die Landesregierungen von Bayern und Nordrhein Westfalen, die Bundesregierung und die Lufthansa jede Unterstützung versagten.

So geht man nicht mit Menschen um, die

der Airline trotz der drohenden Pleite die Treue gehalten haben. Dazu kommt, dass bspw. die Piloten, die nun von der Lufthansatochter Eurowings angestellt werden, auf rund 40% ihres Gehalts verzichten müssen. Möglich, dass Lufthansa gestärkt aus dem Prozess hervorgeht und der Konkurrenz der Billigflieger erfolgreich die Stirn bieten kann. Aber gerade dann hätte man sich solidarisch mit den Beschäftigten von Air Berlin zeigen müssen.

Das Land Berlin bekennt sich zur Verantwortung und stellt 11,5 Millionen Euro für eine kleine Auffanggesellschaft für rund 1.000 Mitarbeiter zur Verfügung.

Der Chef von Air Berlin bekommt noch 4,6 Millionen Euro - garantiert

Während die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Airline enorme Einkommenseinbußen verkraften müssen oder arbeitslos wurden, hat Thomas Winkelmann, letzter Chef von Air Berlin und zuvor für Lufthansa tätig, sich sein Gehalt der kommenden Jahre durch eine Bankgarantie sichern lassen.

Ihr Lars Düsterhöft

Haushaltspläne so dick wie Telefonbücher

Mehr Geld für die Arbeitsmarktpolitik

Das bisschen Haushalt macht sich leider nicht so ganz von alleine. Im Dezember diesen Jahres wird das Abgeordnetenhaus den Haushalt 2018/2019 beschließen. Bis es soweit ist, wird noch viel diskutiert werden. Der Bereich Integration, Arbeit und Soziales hat viele Tage der Vorbereitung und viele schlaflose Nächte gekostet. Als Arbeitsmarktpolitiker Sprecher bin ich aber sehr zufrieden.

Soviel vorab: die allgemeine Arbeitsmarktsituation ist für Berliner Verhältnisse hervorragend. Es sind tausende sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Die Arbeitslosenzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr noch einmal gesunken. Im Oktober hatte Berlin mit 8,6% die niedrigste Quote seit der Wiedervereinigung.

Und dennoch können in Berlin viele Menschen nicht von ihrer Arbeit leben. Rot-Rot-Grün muss sich stärker als bisher für gute Arbeit einsetzen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bekämpfen. Mit der Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen und der Erhöhung des Landesmindestlohns setzen wir klare Zeichen.

Der Haushalt im Bereich Arbeit wurde vor kurzem im Fachausschuss abschließend beraten. Dieser Haushalt setzt klare Prioritäten bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Obwohl die Zahlen sinken, werden die Mittel für einige Programme noch einmal aufgestockt. So zum Beispiel das „Berliner Jobcoaching“, ein Beratungs- und Betreuungsmodell für Langzeitarbeitslose. Teilnehmende können doppelt so häufig in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden als solche ohne Coaching.

Zudem werden Schwerpunkte bei der Verhinderung neuer Arbeitslosigkeit gesetzt. Die Mittel für die Berufsberatung werden massiv aufgestockt. Weiterhin wird für die Fortsetzung der guten Entwicklung bei den Jugendberufsagenturen gesorgt. Die wichtigen Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit werden mehr als verdreifacht. Nicht zuletzt sorgen wir durch eine ordentliche Finanzierung der sozialen Träger dafür, dass Tarifierhöhungen auch bei den Beschäftigten ankommen. Wer gute Arbeit leistet, soll auch ordentlich bezahlt werden.

Sprechstunde des Rechtsanwalts Voigt

Bei vielen Problemen und Anliegen kann ich persönlich helfen. Doch manchmal ist die Unterstützung eines Rechtsanwaltes besser.

Ob bei Fragen zur Miete oder zum Behördenbescheid, Rechtsanwalt Stefan Voigt berät Sie kostenfrei an zwei Terminen im Monat. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

**1. Mittwoch im Monat,
16:30 bis 18 Uhr,
SPD-AnsprechBar (Siemensstraße 15)**

**3. Mittwoch im Monat,
17 bis 18 Uhr,
Wahlkreisbüro (Sterndamm 102)**

Fahr mal wieder Fähre! - Linie 11

Mit dem Boot nach Schöneweide

Der Kampf für die F11 hat sich gelohnt. Das sammeln von tausenden Unterschriften und das Führen zahlreicher Gespräche bewirkte, dass die Senatsverwaltung im September beschloss, dass die Fährlinie F11 vorerst ein Jahr länger fährt. Ursprünglich war die Einstellung der Linie mit der Eröffnung der neuen Spreebrücke und der Eröffnung einer neuen Buslinie zwischen S-Bahnhof Baumschulweg und Oberschöneweide geplant.

Das ist eine gute Nachricht für Oberschöneweide, Baumschulweg und ganz Treptow-Köpenick. Im kommenden Jahr wird geprüft, wie sich die neue Buslinie auf die Fahrgastzahlen der Fähre auswirkt.

Die Anwohnerinnen und Anwohner werden sich mit der Einstellung des Betriebs auch in Zukunft nicht abfinden. Ich auch nicht. Deshalb gilt es nun für die Fähre und deren Benutzung zu werben. Gemeinsames Ziel ist es, die Fähre noch häufiger zu nutzen, damit es gute Argumente für den dauerhaften Weiterbetrieb gibt.

Ich werde weiterhin mit allen Beteiligten im Gespräch bleiben, damit auch im

nächsten Jahr die Aufmerksamkeit auf dieses Kleinod Berlins gelenkt wird.

Der Kampf um die Verlängerung der Süd-Ost-Verbindung beginnt

Ein weiteres wichtiges verkehrspolitisches Thema in unserer Region ist der Weiterbau der sogenannten Süd-Ost-Verbindung. Die neue Spreebrücke zwischen der Köpenicker Landstraße und der Rummelsburger Straße wird in wenigen Wochen eröffnet und soll die Bevölkerung in Schöneweide entlasten. Dies darf jedoch nicht auf Kosten von Baumschulweg erfolgen!

Mit Fertigstellung der Brücke ist zu erwarten, dass der Verkehr auf der Baumschulstraße zunehmen wird, da nicht alle Fahrzeuge die priorisierte Verbindung über die Südostallee nehmen werden. Daher setze ich mich mit Nachdruck dafür ein, dass die Planungen für die nächsten Bauabschnitte bis zur Autobahn umgehend in Angriff genommen werden, damit die neue Süd-Ost-Verbindung tatsächlich eine Entlastung für ganz Treptow-Köpenick wird.



Die Mieten in Berlin explodieren

Mietpreisbremse endlich anziehen!



Viele Menschen sind in Sorge, dass sie sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können oder aber sie finden erst gar keine Wohnung mehr. Die Mietpreisbremse hat nicht die erhoffte Wirkung erzielt. Im Oktober hat die rot-rot-grüne Koalition im Abgeordnetenhaus deshalb eine Bundesratsinitiative beschlossen, die eine Reform der Mietpreisbremse mit folgenden Punkten herbeiführen soll:

Ausnahmeregelungen bei der Mietpreisbremse, wie sie bisher für modernisierte Wohnungen oder überhöhte Vormieten galten, sollen abgeschafft werden. Möblierte Wohnungen sollen in das Gesetz miteinbezogen werden um Missbrauch zu verhindern. Außerdem sollen Sanktionen eingeführt werden, sobald Vermieter eine Miete oberhalb der Mietpreisbremse einfordern. Mit einer entsprechenden Gesetzesveränderung soll so gegen Verstöße vorgegangen werden können. Die Mietpreisbremse soll zudem entfristet werden, das heißt, sie soll über den 31.12.2020 hinaus gültig bleiben.

Mieterhöhungen ohne eine Verbesserung des Wohnwertes sollen auf max. 15% innerhalb von 5 Jahren (derzeit sind 15% in 3 Jahren erlaubt) beschränkt werden. Sie müssen zudem in Zukunft mit einem qualifizierten Mietspiegel begründet werden. Die Modernisierungumlage soll von derzeit 11% auf künftig 6% sinken. Die Umlage soll zeitlich bis zur vollständigen Refinanzierung befristet werden und sich künftig auf Maßnahmen der energetischen Sanierung und der Barrierefreiheit konzentrieren.

Langfristig muss aber dafür gesorgt werden, dass die Mietpreisbremse nicht mehr umgangen werden kann und mehr preiswerter Wohnraum geschaffen wird. Hier kommt vor allem den 6 landeseigenen Wohnungsbaugenossenschaften eine tragende Rolle zu, die derzeit 300000 der insg. 1,6 Mio. Mietwohnungen in Berlin besitzen. Bis 2026 sollen durch Neubau und Ankauf rund 100.000 dazu kommen. Auch wenn es nicht sichtbar scheint: Rot-Rot-Grün packt an!